

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: Die 22 mm breite mm-Zeile im Einzelteil 14 Rpf., die 70 mm breite mm-Zeile im Tagblatt 1,10 RM. Rabatt nach Stoffl. B. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühren für Druckabgaben 30 Rpf. außer Porto. Für die Stellung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus einfl. Trägerlohn monatlich **2,00 RM.** Halbmonat 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einfl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) Freybankbedingungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-N.1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27951-27953 • Teleg.: Benette Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4 a; Fernruf: Kurfürst 9361-9365
Postfach: Dresden 2060 • Nichterlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Originals

Nr. 80 / 43. Jahrgang

Mit der Beilage „Junge Kolonnen“

Donnerstag, 4. April 1935

Eden bei Pilsudski und Beck

Besuch Lavals in Warschau angekündigt - Die Verwirklichung der Reichsjustiz - Tuberkulose-Hilfswerk der NSD.

Eine neue Kompromißformel?

Den russischen Journalisten, mit denen Moskauer den englischen Botschafter Anthony Eden begrüßte, sollte neben einer diplomatischen und sozialistischen Ausprägung über die politischen Zustände in Warschau, der englische Vordirektionschef, der am Dienstagvormittag vom Marschall Pilsudski empfangen wurde, hat gestern abend in einem Gespräch auf dem Eden, das der polnische Außenminister Beck zu seinen Ehren veranstaltete, nochmals besonders unterstrichen, daß seine europäische Rundreise lediglich informativ Natur sei, daß also keinerlei Abschnitte getroffen werden könnten.

Edens Aufgabe war es, den Standpunkt der polnischen Regierung, vor allem in der Frage des Ostpakt, endgültig zu klären. Der polnische Standpunkt hat sich nicht verändert. Polen lehnt den Ostpakt in seiner ursprünglichen französisch-russischen Form heute genau so ab wie vor drei Monaten. Polen sieht in seinen Abwehrmaßnahmen mit Rußland und Deutschland eine weit bessere Sicherheit seiner Existenz als in dem Ostpakt mit seinen völlig unüberlebenden Verpflichtungen, vor allem mit der Verpflichtung der alliierten Mächte, die polnische Form zu übernehmen. Man weiß in Warschau ganz genau, daß die Note Humes vielleicht genehmigt werden kann, aber daß sie zu einem alliierten Bündnis führen würde, dessen nicht so rasch wieder verlassen würde. Und im Gefolge der Note Humes können

schwierig die kommunistischen Agitatoren, Polens Existenz stände dann auf dem Spiel. Da an dieser politischen Haltung nichts zu ändern ist, bemüht man sich in diplomatischen Kreisen um eine Kompromißformel. Mit dieser Suche nach dem Kompromiß scheint auch der Besuch Lavals in Warschau vor und nach seiner Fahrt nach Moskau in Zusammenhang zu stehen. Worin dieses Kompromiß bestehen soll, läßt sich mit Bestimmtheit noch nicht sagen. Die darüber vorliegenden Meldungen sind sehr widersprüchlich, und nur der Chronikenschriftler folgend notieren wir, daß man daran denkt, eventuell die automatische Dilettanten durch eine bloße „Konsultation“, das heißt Beratung, zu ersetzen. Die französische Presse ist wegen dieser Haltung Polens sehr misgünstig. Im „Echo de Paris“ erfolgt Vertagung, die polnische Regierung handle „wie ein Hundsgeselle Deutschlands“, und im „Devoir“ wird festgestellt, Marschall Pilsudski und Außenminister Beck schwächen mehr denn je im Jahressommer der deutschen Politik.

In England ist man zurückhaltender im Urteil, und in verschiedenen Londoner Zeitungen wird heute morgen, auslösen den Zeiten und in sehr unbestimmter Form Zustimmung gemacht für den Erlaß des Ostpakt in seiner jetzigen Form und unvollständigen Form durch ein „allgemeines europäisches Sicherheitsabkommen“, ohne daß klar würde, was darunter zu verstehen wäre.

Bluturteil ohne Begründung

Die endgültige Urteilsverkündung im Memeländer-Prozess

Am Mittwochvormittag gegen 10 Uhr wurde in öffentlicher Sitzung des Kriegsgerichts in Rowno die endgültige Fassung des Urteils im Memeländer-Prozess in Anwesenheit aller Beteiligten verkündet. Eine Urteilsbegründung gibt es beim Kriegsgericht nicht. Verlesen wurde somit nur die Inkommentierung des Urteils, wie dies bereits am 26. März 1935 beim Abbruch des Prozesses geschah.

Die endgültige Fassung des Urteils mit den Bewandlungen gegen jeden einzelnen der Angeklagten umfaßt insgesamt 110 Frontseiten. In diesem Urteil werden gegenüber den Hauptbeschuldigten vier Parteien, darunter Dr. Neumann und Vertretung von der „Dowag“ und Zeh und Wopp von der NSD, sowie alle bis zu vier Jahren zurückgehenden Verurteilungen aller Angeklagten der Anklage aufrechterhalten, während die übrigen Verurteilungen wegen der Angehörigkeit zu den beiden Parteien verworfen wurden. In dem Urteil heißt es, daß die Hauptbeschuldigten im Memelgebiet geheimen von Deutschland aus geleiteten nationalsozialistischen Organisationen angehört hätten, deren Ziel darin bestanden habe,

die Hauptbeschuldigten hätten außerdem militärische Übungen gemacht und andre darin unterwiesen. Fries, Volk, Vopa und Wannegat werden nach dem Urteil wegen vorsätzlichen Mordes an dem Justizbeamten Jentius in Zusammenhang mit Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes verurteilt. Johann und Ernst Wollat (Holl Wopp) wegen Ausübung von Terroratzen. Die Verurteilten können gegen das Urteil

bis zum 17. April Revisionsbeschwerden beim Obersten Tribunal

einlegen. Die Revisionsbeschwerden darf sich jedoch nur auf formelle Mängel bei der Urteilsverkündung erstrecken und nicht auf tatsächliche Umstände. Das Urteil tritt endgültig in Kraft an dem Tage der Abrechnung der Revisionsbeschwerden durch das Oberste Tribunal. Die Zeit zwischen der endgültigen Urteilsverkündung, also dem 3. April 1935 und der Entscheidung des Obersten Tribunals, wird den Verurteilten nicht angerechnet.

Auf die Frage des Vorstehenden, ob die Angeklagten noch etwas zu erklären oder um etwas zu erwirken hätten, meldete sich niemand zu Wort. Daraus wurde den Verurteilten die Absicht des Urteils in Form einer Broschüre ausgehändigt. Die Sitzung fand damit ihren Abschluß.

Tem, was aber das Rownower Schandurteil bereits gezeigt worden ist, bleibt noch mehr hinzuzufügen. Denn die nunmehr verkündete ausführliche Urteilsfassung, die keine Begründung enthält, wiederholt in nur die Behauptungen, die schon die Anklageschrift brachte und die während des Prozesses in keiner Weise bewiesen worden sind.

Vorschläge Englands?

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 3. April

Uebereinstimmend wissen alle Korrespondenten zu berichten, daß Polen auch weiterhin den Ostpakt in seiner vorgeschlagenen Form ablehnt. Die Ansichten für den Ostpakt sind daher nicht gerade gut, bemerken die „Times“ und sehen die einzige Möglichkeit einer Änderung der polnischen Haltung in den jetzt anstehenden Besuch des französischen Außenministers

in Osteuropa wohl kaum durch ein regionales Abkommen gewährleistet werden könne. Europa brauche einen Sicherheitspakt auf viel umfassenderer Grundlage. An anderer Stelle teilt der Korrespondent mit,

daß Eden in Warschau bereits ein oder zwei Abänderungsanträge gemacht habe.

Wie man den Berichten der heutigen Morgenpresse entnehmen darf, ist die immer wiederholte Erklärung Polens, nichts zu unterzeichnen, was es in eine Wechselseitigkeit zu Deutschland bringen könne, auf die Engländer nicht ohne Eindruck gewesen. Polen, so führt das Blatt aus, hat Nichtanerkennung sowohl mit Rußland wie Deutschland sowie Militärbindungen mit Frankreich und Italien abgeschlossen. Einen Krieg dieser Pläne betrachte man in Warschau als schlechten Verlust in jeder Hinsicht. Die „Times“ schreiben, daß der deutsch-polnische Pakt Polen große Erleichterungen gebracht habe und deshalb in Polen populär sei. Polen betrachte seine Sicherheit durch keine gegenwärtigen Verträge am besten gesichert.

Laval, der auf seiner Fahrt nach Moskau in Warschau Station machen will.

Groß sind die Hoffnungen des englischen Volkes aber nicht. Denn es ist bisher noch nicht zu sehen, in welcher Weise der Ostpakt derart abgeändert werden kann, daß er Polens Zustimmung möglich macht. Einige sehr vorsichtige Sätze des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ scheinen anzudeuten, daß England demnach, vielleicht in Straßburg, mit neuen Vorschlägen auf den Plan treten wird. Er schreibt, daß die Sicherheit

Widerspruchsvolle Äußerungen in Paris

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 3. April

Der polnische Botschafter in Paris hat gestern dem Außenminister Laval eine Einladung seiner Regierung zum Besuch in Warschau überreicht. Der Besuch soll gelegentlich der Moskareise Lavals nach der Streifenkonferenz stattfinden. Laval, der dreizehn seit einigen Tagen in Warschau in diesem Sinne Vorläufer hat austreten lassen, hat, wie amtlich mitgeteilt wird, die Einladung sofort angenommen. Wahrscheinlich wird sein Warschauer Besuch auf der Rückreise von Moskau erfolgen. Im übrigen sind die Nachrichten über das Ergebnis der Aussprache Edens mit den polnischen Staatsmännern sehr widersprüchlich. Davas behauptet schon, es sei gelungen, die Grundlagen für ein Kompromiß zu finden, das es Polen ermöglichen könnte, dem Ostpakt beizutreten. Man solle das Prinzip der automatischen gegenseitigen Dilettanten fallen lassen.

Andere Blätter berichten, der Ostpakt solle nach diesem Voranschlag sowohl der Polen wie der Engländer zu einem gemeinsamen europäischen Pakt erweitert werden. Die Grundlage der gegenseitigen Dilettanten würde nach einer Darstellung des „Petit Parisien“ nicht ganz, aber doch teilweise fallen gelassen. Es würde nämlich nicht mehr für die parteiunabhängigen Mächte die Verpflichtung bestehen, auch die Kompromisse für die gegenseitige Dilettanten ein-

zusetzen. Man würde lediglich die „Kassette“ für diesen Zweck mobil machen. Es würden also letzten Endes in dem neuen Europapakt sowohl der Ostpakt wie der Donaupakt und schließlich der in London geplante Luftschutzpakt aufgehen. Im Gegensatz dazu aber behauptet der „Petit Parisien“, daß die Verhandlungen Edens in Warschau völlig ergebnislos verlaufen seien. Es scheint sich hier bei der Zerschlagung des „Petit Parisien“ um eine gewisse Mißstimmung in den Kreisen des Quai d'Orsay zu handeln, die es lieber sehen würden, wenn England eine ausschließlich freundschaftspolitische gegenüber Frankreich betriebe, anstatt eine gesamt-europäische Politik.

Deutsche Vertreter aus Rußland ausgewiesen

× Berlin, 3. April

Der Vertreter der Ostbalt-Deutsches Motoren, A.G., vorm. Ehrhardt u. Schmeer, Saarbrücken, W. 11 a, ist ohne Angabe des Grundes aus Rußland ausgewiesen worden. Vor einiger Zeit kam Wladimir aus Moskau zur Verteidigung seines Patents nach Deutschland zurück. Als er nach einigen Tagen die Rückreise antreten wollte, verweigerte man ihm das Visum und ließ ihn nicht einmal zur Auflösung seines dortigen Haushaltes nach Rußland hinein. So mußte seine Frau die schwere Aufgabe der Haushaltführung in einem fremden Lande, ohne jegliche Hilfe allein übernehmen. Der Vertreter der Mitteldeutschen Stahlwerke, Ritzsch, sowie einige andre deutsche Vertreter wurden ebenfalls ohne Angabe der Gründe aus Rußland ausgewiesen.

Frankreichs „Vorsichtsmaßnahmen“

Der Jahrgang 1934 soll nicht entlassen werden - Vertrauensvotum für Standin

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 3. April

Schneller und ruhiger als erwartet hat die französische Kammer gestern ihre Frühjahrsdebatte abgeschlossen und sich bis zum 28. Mai vertagt. In dieser Sitzung hat sie zunächst das beschleunigte Wahlrecht für Paris unverändert angenommen. Dann hörte sie eine Regierungserklärung Standin's an und sprach dem Ministerpräsidenten dafür ein Vertrauensvotum mit 410 gegen 134 Stimmen aus. In dieser Regierungserklärung wies Standin zunächst auf die

„Einfelrige Verleugung des Verfallenen Vertrages“

und des Völkerbundes durch Deutschland

hin. Deutschland habe zunächst seine Verpflichtungen wiederhergestellt und habe dann sogar die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Der Völkerbundsrat werde am 15. April zusammentreten und sein Urteil sprechen. Es sei notwendig, daß der Vertreter Frankreichs das möglichst ausgedehnte Vertrauen des Parlaments besitze, um in dem auch wirklich als Vertreter des Landes auftreten zu können. Was die tatsächliche Lage angeht, nämlich die Wiederherstellung der Wehrpflicht in Deutschland, ergäbe sich durch „nicht minder schwerwiegende Maßnahmen“ wie den Arbeitsdienst und die Schaffung der Luftwaffe, so sei Frankreich in der Notwendigkeit versetzt, seine militärische Sicherheit zu reorganisieren.

„Es soll dies zunächst durch militärische Maßnahmen geschehen und dann durch militärische Abkommen mit den Ländern, die denfalls am Frieden interessiert sind. Seit dem 21. März wurden gewisse Truppenbewegungen an der Grenze ausgeführt. Weiter handelt es sich jetzt darum, zu wissen, ob die gegenwärtig unter der Fahne liegende Jahresschiff 1934, die in wenigen Tagen zur Entlassung kommen soll, weiter im Dienst bleiben muß oder nicht. Was die Luftflotte angeht, so sind die notwendigen Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Stärke getroffen.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede verführte Standin, die Regierung sei entschlossen, die Frankensicherung auf ihrer gegenwärtigen Grundlage zu erhalten. Die Lage in Belgien könne mit der in Frankreich nicht verglichen werden. Die französische Regierung habe jetzt sogar die Prüfung von Goldminen in Aussicht genommen. Zum Schluß betonte er, wenn die Kammer der Auflösung sei, daß die Regierung ihres Vertrauens nicht mehr würdig sei, müsse sie es jetzt offen sagen. Darauf erhielt er das Vertrauensvotum. Die Pariser Presse ist mit der Rede Standin's sehr zufrieden. Großes Interesse findet besonders die Mitteilung, daß die Frage gestellt werde,

ob der Jahrgang 1934, der jetzt angedient hat, weiter unter dem Fahnen bleibt.

Der Oberste Verteidigungsrat soll am 3. April darüber die Entscheidung treffen. Es gilt schon jetzt als sicher, daß die Verlesung der Entlassung um drei Monate ausgesetzt werden wird. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, es dauere drei Monate, bis die neuen Rekruten notwendig ausgebildet seien, und bei der gegenwärtigen Lage wäre es eine „Gefahr für Frankreichs Sicherheit“, wenn es so lange nicht auch genügend ausgebildete Soldaten zur Verfügung habe.

Übertragung der Reden aus Danzig

× Berlin, 3. April. (Durch Funkdruck)

Der Reichslandtag überträgt am Donnerstag den 4. April von 20 bis 21 Uhr über den Reichslandtag Königsberg aus Danzig eine Rundsendung zur Danziger Volksstimmwahl. Es spricht Ministerpräsident Hermann Göring, Reichsminister Dr. Goebbels und Gauleiter Forster sprechen am Sonnabend den 6. April von 18 bis 19 Uhr in Danzig. Auch diese Reden werden vom Reichslandtag Königsberg übertragen.